

Studiengebühren bleiben abgeschafft!



Bild : Henry Klingberg / pixelio.de

Rückblick: Wenige Wochen vor der Landtagswahl im Mai 2012 erklärt CDU-Spitzenkandidat Norbert Röttgen, die CDU sei gegen Wiedereinführung von Studiengebühren. Nur sechs Monate und eine Wahlniederlage später, ist von dieser Haltung keine Rede mehr. Es scheint, als habe sich die CDU in den vergangenen fünf Jahren kaum weiterentwickelt.

Der Rest ist Geschichte. Eine Erfolgsgeschichte für Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit! Durch die Abschaffung der Studiengebühren haben wir für junge Menschen neue Chancen – unabhängig von der Herkunft und des Geldbeutels ihrer Eltern – geschaffen. Das bedeutet Chancengleichheit für alle statt Klientelpolitik für die Hautevolee. Und es führt dazu, dass wir heute 770.000 Studierende in Nordrhein-Westfalen haben, so viele wie nie zuvor! Andere Landesregierungen sind unserem erfolgreichen Beispiel gefolgt, sodass heute in ganz Deutschland keine Studiengebühren mehr erhoben werden.

- weiterlesen auf der nächsten Seite -

*Sehr geehrte Damen und Herren,
 liebe Genossinnen und Genossen,*

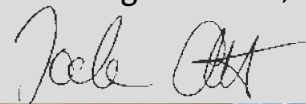
kurz vor Frühlingsbeginn kam das Plenum vergangene Woche im Landtag NRW zum dritten Mal in diesem Jahr in der Landeshauptstadt zusammen.

Als SPD-Fraktion stellten wir in dieser Plenarwoche noch einmal mit einem Antrag zum Thema ganz klar, dass die Studiengebühren mit uns abgeschafft bleiben werden.

Daneben gab es aber natürlich noch eine ganze Reihe von Themen, die in Düsseldorf debattiert wurden, u.a.: den Entschließungsantrag zur Kindergrundsicherung oder die Situation des Zeitungsmarktes in NRW 2016 und dessen digitale Entwicklung, über die wir in dieser Newsletter-Ausgabe berichten.

Wir wünschen Ihnen und Euch eine gute Lektüre!

Für die Abgeordneten,




Die Kölner SPD-MdL

Mit Verwunderung haben wir daher das Interview des heutigen Fraktionsvorsitzenden Armin Laschet im Dezember letzten Jahres verfolgt, in welchem er laut über die Wiedereinführung von Studiengebühren nachdachte. Für große Verwirrung bei Studierenden und Eltern sorgte die CDU anschließend, als sie nur zwei Monate später in ihrem Wahlprogramm erklärte, man wolle für die Studierenden einen kostenfreien Zugang zur Hochschulbildung sicherstellen. Mit der CDU scheint es keinen klaren Kurs und noch weniger Planungssicherheit zu geben.

Und genau deshalb haben wir in der vergangenen Woche den Antrag „Studiengebühren bleiben abgeschafft“ ins Plenum eingebracht. Um zum einen noch einmal deutlich zu machen: Wir zeigen klare Kante gegen Studiengebühren! Und zum anderen, um den Menschen in NRW endlich Klarheit über die reale Position der CDU-Fraktion geben. Zwar hat diese in letzter Sekunde noch einen Entschließungsantrag mit Ablehnung der Wiedereinführung eingebracht, doch erinnert dies alles doch nur zu sehr an das Spiel vor fünf Jahren. Was hängen bleibt ist der Eindruck, dass man wie bereits 2012 nicht auf das bauen kann, was ein CDU Spitzenkandidat in NRW verspricht.

Weiterlesen: [Drucksache 16/14392](#)

Der Zeitungsmarkt in NRW ist für die Zukunft gerüstet!



Bild: Verena N. / pixelio.de

Die „Situation des Zeitungsmarkt in Nordrhein-Westfalen 2016 und seine digitale Entwicklung“ stand in der vergangene Plenarwoche auf der Tagesordnung. Auf Initiative von SPD und Grüne ist die Landesregierung mit einer großen Anfrage zu diesem Thema beauftragt worden, deren Erkenntnisse nun dem Parlament vorliegen.

Durch den Zukauf und die Zusammenlegung verschiedener regionaler Verlags-häuser hat sich der Zeitungsmarkt in NRW in den letzten Jahren deutlich und spürbar verändert. Die SPD-Landtagsfraktion ist dabei ein Garant für die Entwicklung und Bewahrung einer vielfältigen

und demokratischen publizistischen Landschaft in NRW.

- weiterlesen auf der nächsten Seite -

Es zeigt sich deutlich, dass NRW Medienland ist und bleibt. Vier der zehn größten Zeitungsverlage in Deutschland haben ihren Sitz in NRW. „Wir möchten auch in Zukunft den Medienstandort NRW stärken und ausbauen. Dazu zählen auch die notwendigen Schritte einzuleiten, um auch weiterhin Presse- und Meinungsvielfalt im Digitalen Zeitalter aufrecht zu erhalten“ betont Lisa Steinmann Mitglied des Ausschuss Kultur und Medien.

Dabei schließt sie auch mit ein, dass neue Vermarktungs- und Verbreitungsmodelle entwickelt werden, um die Verlagsbranche zukunftsfähig und erfolgreich zu halten. Neben der gedruckten Tageszeitung – eine tragende Säule unserer Presselandschaft – finden E-Paper immer mehr Anklang bei den Leserinnen und Lesern. „Hier müssen wir ganz genau kucken, wie die journalistische Qualität erhalten bleibt und Journalistinnen und Journalisten vor allem von ihrer Arbeit leben können“ betont Lisa Steinmann.

Insgesamt kann erkennen, dass viele Verlage die neuen und alten Herausforderungen im Digitalen Zeitalter gut meistern. Impulse wie die Journalismus-Stiftung „Vor Ort NRW“ haben sich dabei zu wichtigen Instrumenten entwickelt, um diese Ziele zu erreichen.“

Kindergrundsicherung: Dringender Auftrag an die Bundesebene

Die Enquetekommission zur Familienpolitik vertrat mehrheitlich die Auffassung, dass für einen zielgerichteten Umbau der familienpolitischen Leistungen eine Kindergrundsicherung notwendig und dringend geboten ist. Im Januar-Newsletter hatten wir u. a. darüber berichtet; bei einer Veranstaltung der FES Anfang Februar in Köln stellte Ingrid Hack diese Forderung konkreter vor. Nun bringen wir gemeinsam mit der Fraktion der Grünen einen Entschließungsantrag ein, der aus dieser Empfehlung der Kommission einen Beschluss macht – ein erster Fortschritt bei der Umsetzung der Kommissionsergebnisse!

Unser Antrag macht nochmals darauf aufmerksam, dass Kinder im Sozial- und im Steuerrecht unterschiedlich „behandelt“ werden, was zu unakzeptablen Ungerechtigkeiten führt. Leistungen für Kinder und Leistungen, die ihre Eltern für sie erhalten, sind immer noch davon abhängig, ob die Eltern verheiratet sind oder nicht; Eltern mit höheren Einkommen profitieren stärker von den derzeitigen Regelungen als Eltern mit niedrigeren Einkünften oder im Leistungsbezug; beim Kindergeld schließlich ist auch noch entscheidend, als wievieltens das Kind geboren ist.



Bild: S. Hofschlaeger / pixelio.de

- weiterlesen auf der nächsten Seite -

Wir brauchen *eine* Leistung für Kinder, die Kindergeld, Kinderregelsatz, Kinderfreibetrag und -zuschlag zusammenführt und endlich für Kinder und ihre Eltern mehr Transparenz, vor allem aber mehr Gerechtigkeit herstellt.

Um Kindern gutes Aufwachsen, Teilhabe und Chancengerechtigkeit zu ermöglichen, sind natürlich gute und sichere Arbeitsplätze ihrer Eltern von zentraler Bedeutung, daneben die aktuell verhandelten Änderungen beim Unterhaltsvorschuss, die Beitragsfreiheit für die Kitas, die vom Land mit finanzierte Schulsozialarbeit - um einige Faktoren zu nennen. Die Kindergrundsicherung wäre ein weiterer wichtiger Fortschritt!

Weiterlesen: [Entschließungsantrag](#)

Weiterlesen: [Veranstaltungsbericht FES
„Zukunft der Familienpolitik“](#)

Weiterlesen: [Abschlussbericht Enquete-Kommission
„Zukunft der Familienpolitik in
Nordrhein-Westfalen“](#)

Aus dem Newsletter Nr. 118 der SPD-Landtagsfraktion vom 15.03.2017:

Fair: Attraktiver ÖPNV braucht attraktive Arbeitsplätze

Gute und engagierte Mitarbeiter kosten Geld. Lohndrückerei und die Umgehung tariflicher Standards haben noch nie für Qualitätsverbesserungen im ÖPNV gesorgt. Das ist das Credo des Plenarantrages der Koalitionsfraktionen, der am Donnerstag im Landtag diskutiert wird. Worum geht es:

Der Bundesrat hat auf Initiative von NRW und weiteren Bundesländern einen Gesetzentwurf zur Veränderung des Personenbeförderungsgesetzes beschlossen und dem Deutschen Bundestag zugeleitet. Der „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Personenbeförderungsgesetzes zur Sicherung von Qualitäts- und Sozialstandards im öffentlichen Personennahverkehr (PBefG-Änderungsgesetz)“ soll die soziale und finanzielle Sicherheit der Beschäftigten im ÖPNV gewährleisten, die Entscheidungshoheit der Aufgabenträger über ihr ÖPNV-Angebot erhalten und die Chancengleichheit der kommunalen Verkehrsunternehmen sichern. Im Bundestag ist der Entwurf umstritten, weil die Union dagegen ist.

- weiterlesen auf der nächsten Seite -

Der SPD im Landtag von Nordrhein-Westfalen geht es jedoch darum, Dumpinglöhne im ÖPNV zu verhindern und gleiche Wettbewerbschancen für alle Anbieter von Verkehrsleistungen zu schaffen. Nur auf Bundesebene kann mit der entsprechenden Ausgestaltung des Personenbeförderungsgesetzes wirksam Abhilfe geschaffen werden. Die Möglichkeiten des Landes, über das eigene Gesetz zum ÖPNV Fehlentwicklungen entgegen zu wirken, sind zwar ausgeschöpft, aber letztlich nicht ausreichend.

Der Antrag dient der politischen Unterstützung des Vorhabens. Es kommt jetzt darauf an, dass in Berlin für den sinnvollen Gesetzentwurf geworben wird. Die Union muss ihre Blockadehaltung aufgeben.

Weiterleisen: **Drucksache 16/14394**

Jochen Ott begrüßt Besuchergruppe im Landtag NRW



Anfang März begrüßte Jochen Ott im Landtag eine Besuchergruppe vom Integrativen deutsch kurdischen Verein. Die Frauen vom Verein treffen sich regelmäßig im Bürgerzentrum Finkenberg und engagieren sich auch in sozialen Netzwerken. Im Landtag führten die Frauen eine angeregte Diskussion mit dem Landtagsabgeordneten und erhielten Einblicke in seine Arbeit.

Die Kölner SPD Landtagsabgeordneten - Wer ist zuständig für welche Fragen?

Falls Sie einmal eine weitergehende Frage haben sollten, wenden Sie sich gerne an unsere Abgeordneten persönlich. Bei allgemeinen Fragen wenden Sie sich bitte an das Gemeinschaftsbüro der Landtagsabgeordneten in der Magnusstraße 18b unter 0221- 99 55 99 74 oder per Mail an koelnerspdmdl@landtag.nrw.de.

Martin Börschel:

Verfassungskommission, Haushalts- und Finanzausschuss, stv. Vorsitzender PUA Silvesternacht 2015

Mail: martin.boerschel@landtag.nrw.de

Stephan Gatter:

Sprecher Haushaltskontrolle, Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Hauptausschuss, stv. Mitglied PUA Silvesternacht 2015

Mail: stephan.gatter@landtag.nrw.de

Ingrid Hack:

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend und stv. Vorsitzende des Integrationsausschuss

Mail: ingrid.hack@landtag.nrw.de

Gabriele Hammelrath:

Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung und Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Mail: gabriele.hammelrath@landtag.nrw.de

Andreas Kossiski:

Stv. Vorsitzender Innenausschuss und Mitglied des Sportausschusses, Verfassungskommission, SPD-Obmann NSU-Untersuchungsausschuss

Mail: andreas.kossiski@landtag.nrw.de

Jochen Ott:

Stv. Vorsitzender der Fraktion und dort zuständig für den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr sowie für den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Mail: jochen.ott@landtag.nrw.de

Lisa Steinmann:

Ausschüsse Kultur & Medien, Kommunalpolitik (stellv. Sprecherin) und Hauptausschuss, Vorsitzende der Ehrenamtskommission

Mail: lisa.steinmann@landtag.nrw.de